

Überfällig

Es gibt eine neue Wohnungsknappheit. Das ist im November in das Bewusstsein der Menschen in Deutschland gedrungen. Am Samstag, dem 10. November, gingen Tausende von Mieterinnen und Mietern in Berlin, Hamburg und Freiburg auf die Straße. „Mietenschock“ prangte am Montag, dem 19. November, in großen Lettern auf dem Titel des Nachrichtenmagazins „Focus“. „Mieten außer Kontrolle“ ließ der „Spiegel“ seine Leser auf einer Banderole auf dem Titel wissen. In den Tagen danach griffen die Fernsehmagazine das Thema auf. In der ARD-Sendung „Hart aber fair“ diskutierten Experten über das Thema. Frontal21 (ZDF) und Report (ARD) zogen nach.

Was alle Experten, auch der Deutsche Mieterbund, über längere Zeit vergeblich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken versuchten, ist seit dieser Novemberwoche nun in aller Munde. Die explodierenden Mieten, der Schwund an bezahlbaren Wohnungen und der harte Verdrängungswettbewerb in begehrten Stadtquartieren haben die Mittelschicht erreicht. Die Medien nehmen vom „Aufstand der Mieter“ Notiz.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung kann fortan nicht mehr so tun, als hätte sie von den Problemen auf den Wohnungsmärkten noch nichts gehört. Sie kann nicht weiter die Augen vor der Realität verschließen. Sie kann sich nicht mehr die Ohren zuhalten und die warnenden Expertisen der Wohnungswirtschaftler und Verbände überhören. Sie kann nicht mehr länger ein Thema verschweigen, das Tausende von Menschen in den Großstädten bedrängt.

Die Regierungsparteien müssen jetzt handeln und endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Ansonsten werden die in den Großstädten lebenden Menschen sie als Wählerinnen und Wähler für ihre Versäumnisse abstrafen.



Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes

Der Mieterbund und andere Verbände, Wissenschaftler und Wohnungsunternehmen weisen schon länger auf die Probleme hin. Sie haben in zahlreichen Studien ihre Aussagen untermauert und Lösungsvorschläge gemacht. Der Deutsche Mieterbund und seine Mitglieder verlangen nun die längst überfälligen Antworten.

„Mieter verlangen endlich Antworten“

Erwartet werden Maßnahmen, die die Probleme auch wirklich beseitigen. Scheinlösungen, wie sie die Bundesregierung derzeit beim Mietrecht durchsetzen will, werden keine Probleme lösen, sondern eher verschärfen.

Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes wird nicht dadurch beschleunigt, dass die Rechte der Mieter beschnitten werden. Bei diesem Thema und bei vielen anderen, unter anderem Erhalt und Schaffung von preiswertem Wohnraum, muss die Regierung Geld in die Hand nehmen. Seit Jahren weiß die Bundesregierung, dass die Rahmenbedingungen für Investoren, für Vermieter und auch für Mieter auf dem Wohnungsmarkt verbessert werden müssen. Die Bundesregierung ist am Zuge.

Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und vor allen Dingen alles Gute und Gesundheit im neuen Jahr.

Mieterzeitung 6/2012